

# Rumänien

Alexandru Damian\*

Das Jahr 2019 war von zwei Wahlen in Rumänien geprägt: zunächst von den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 und anschließend von den nationalen Präsidentschaftswahlen im November 2019. Zudem wurde die von den Sozialdemokraten geführte Regierung nach einem Misstrauensvotum Anfang Oktober 2019 abgesetzt. Dass die Tagespolitik Rumäniens von diesen Ereignissen „dominiert“ wurde, versteht sich von selbst. Vor diesem Hintergrund schwand auch die Aufmerksamkeit für außenpolitische Angelegenheiten in Rumänien, insbesondere nach dem Ende der EU-Ratspräsidentschaft des Landes in der zweiten Hälfte des Jahres 2019.

Wie alle EU-Mitgliedstaaten stellt die anhaltende Covid-19-Pandemie Rumänien vor eine Herausforderung historischen Ausmaßes. Die Pandemie konnte in den ersten Monaten nach dem Ausrufen des Ausnahmezustands eingedämmt werden, was vor allem auf die sehr restriktiven Maßnahmen, die ergriffen wurden, zurückzuführen ist. Nachdem die Beschränkungen wieder gelockert wurden, nahm die Ansteckungsrate exponentiell zu, wodurch Rumänien zu einem der am stärksten betroffenen Länder Mittel- und Osteuropas wurde. Mit der Gesundheitskrise geht eine Wirtschaftskrise einher, wodurch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2020 um mehr als sechs Prozent sinken dürfte.

## Der Sturz der populistischen und euroskeptischen Regierung

Im Oktober 2019 wurde die von Viorica Dăncilă geführte sozialdemokratische Regierung durch ein Misstrauensvotum abgewählt. Das Votum folgte auf ein sehr bescheidenes Abschneiden der Sozialdemokraten bei der Europawahl im Mai 2019 mit einem Ergebnis von nur 22,5 Prozent. Das Ergebnis stellt einen herben Verlust im Vergleich zu den letzten nationalen Parlamentswahlen im Jahre 2016 dar, bei denen die Partei mehr als 45 Prozent aller abgegebenen Stimmen erhalten hatte. Ebenfalls im Mai 2019 wurde der Parteivorsitzende der Sozialdemokraten, Liviu Dragnea, wegen Korruptionsvorwürfen zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.

Das Ende der sozialdemokratischen Regierung markiert auch das Ende einer durch häufige Konfrontationen mit Brüssel, durch EU-feindliche Rhetorik und populistische Botschaften gekennzeichneten dreijährigen Regierungszeit. In diesem Zeitraum wurden auch zahlreiche Gesetzesänderungen verabschiedet, die den Rechtsstaat und den Kampf gegen die Korruption in Rumänien geschwächt haben. Anfang November 2019 wurde ein neues Kabinett unter Führung von Ministerpräsident Ludovic Orban, dem Vorsitzenden der proeuropäischen Nationalliberalen Partei (PNL), vereidigt.

## Eine gewisse Tatenlosigkeit während der Präsidentschaftswahlen 2019

Am 10. November 2019 fanden in Rumänien Präsidentschaftswahlen statt, der zweite Wahlgang wurde am 24. November 2019 durchgeführt. Der Wahlkampf war von einer gewissen Tatenlosigkeit geprägt, da sich der amtierende Präsident, Klaus Iohannis (PNL),

---

\* Übersetzt aus dem Englischen von Lukas Haunhorst und Jana Schubert.

nicht an den politischen Debatten beteiligte und dadurch versuchte, seine Anhänger und Wählerschaft zu halten. Er galt zudem als Favorit auf eine Wiederwahl.

Im ersten Wahlgang lag die Wahlbeteiligung bei etwas mehr als 50 Prozent, die einzige Unbekannte war die Frage, wer in der Stichwahl gegen den amtierenden Präsidenten antreten würde. Die Kandidaten waren Dan Barna, Parteichef der 2016 neu gegründeten Partei „Union Rettet Rumänien“ (USR), und die Kandidatin der Sozialdemokraten, die ehemalige Ministerpräsidentin Viorica Dăncilă. Letztere ging mit einem Ergebnis von 22 Prozent in die zweite Runde, Dan Barna schied mit insgesamt 15 Prozent aus. Klaus Iohannis erhielt im ersten Wahlgang 38 Prozent der Stimmen.

Rumäniens amtierender Präsident gewann die anschließende Stichwahl mit mehr als 66 Prozent der abgegebenen Stimmen mit Leichtigkeit, insbesondere wegen seines Versprechens, die Anti-Korruptionsreform wieder anzuschieben und der europaskeptischen Rhetorik der letzten beiden sozialdemokratischen Regierungen Rumäniens ein Ende zu bereiten. Der im Oktober 2019 von der Europäischen Kommission im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens (Cooperation and verification mechanism, CVM) veröffentlichte Bericht legte die Defizite des rumänischen Justizsystems dar. Der Bericht kritisierte zudem die Gesetzesinitiativen der Sozialdemokraten, die die Korruptionsbekämpfung behindern, sowie die bescheidene Tätigkeit der Nationalen Antikorruptionsbehörde im vergangenen Jahr.

### **Der Einfluss der Covid-19-Pandemie**

Aufgrund der Covid-19-Pandemie hat Rumänien am 15. März 2020 einen zweimonatigen nationalen Notstand ausgerufen, gefolgt von einem andauernden nationalen Alarmzustand. Die Pandemie hat die strukturellen Probleme des rumänischen Gesundheitssystems erneut offengelegt, da die Gesundheitsausgaben in Rumänien (sowohl auf Pro-Kopf-Basis als auch im Verhältnis zum BIP) die niedrigsten in der EU sind.<sup>1</sup>

Vor Beginn der Covid-19-Krise wuchs die Wirtschaft Rumäniens jährlich mit einer Rate zwischen vier und sieben Prozent. Die jüngste Prognose der Europäischen Kommission geht jedoch von einem starken Rückgang im Jahr 2020 und einem negativen Wachstum von sechs Prozent sowie einem öffentlichen Defizit von fast zehn Prozent aus.<sup>2</sup> In einem optimistischeren Szenario wird bis zum Jahr 2021 ein Wiederaufschwung von vier bis 4,5 Prozent erwartet, obschon das öffentliche Defizit weiter ansteigen wird, sollten Gegenmaßnahmen seitens der Regierung ausbleiben. Dies liegt vor allem daran, dass die prognostizierte Erhöhung der Altersrenten und Kinderzulagen finanziell nicht tragfähig ist und diese Fehlkalkulation durch die sehr hohen laufenden Ausgaben, insbesondere für die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst, verschlimmert wird. Diese Risiken für die öffentlichen Finanzen gehen also auch auf die Zeit vor der Covid-19-Krise zurück, wobei die Pandemie den kurz- bis mittelfristigen Druck noch verstärkt hat.

### **Auswirkungen der MFR-Verhandlungen auf Rumänien**

Nach dem Beitritt Rumäniens zur EU im Jahr 2007 hatte das Land im Kontext des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) von 2007 bis 2013 Zugang zu 18,8 Mrd. Euro und im

---

1 OECD/European Observatory on Health Systems and Policies: State of Health in the EU. Romania. Country Health Profile 2019, 28.11.2020, abrufbar unter: [https://www.euro.who.int/\\_\\_data/assets/pdf\\_file/0009/419472/Country-Health-Profile-2019-Romania.pdf](https://www.euro.who.int/__data/assets/pdf_file/0009/419472/Country-Health-Profile-2019-Romania.pdf) (letzter Zugriff: 6.10.20).

2 Europäische Kommission: European Economic Forecast. Spring 2020. Institutional Paper 125. 26. Romania, 22.4.2020.

MFR von 2014 bis 2020 zu 30,8 Mrd. Euro. Beide Finanzrahmen wurden konzipiert, um große Mängel des Landes in Schlüsselbereichen wie Verkehrsinfrastruktur, Regionalentwicklung sowie Umwelt zu beheben, territoriale Disparitäten zu überwinden und gleichzeitig die ökonomische und soziale Kohäsion zu stärken. Die bisher erbrachten Ergebnisse können als unzureichend bezeichnet werden, zumindest was die Bereiche Verkehrsinfrastruktur und die Umwelt betrifft.

Die trüben wirtschaftlichen Aussichten Rumäniens könnte jedoch in den folgenden Jahren nach der Covid-19-Pandemie durch die größte Zuweisung von EU-Mitteln seit 2007 ins Gegenteil verkehrt werden. Rumänien wird voraussichtlich insgesamt 79,9 Mrd. Euro erhalten, einerseits 46,4 Mrd. Euro aus dem MFR für 2021 bis 2027 und andererseits 33,5 Mrd. Euro aus dem Wiederfonds „Next Generation EU“ (16,8 Mrd. in Form von Zuschüssen und 16,7 Mrd. Euro als Kredite).

### **Die Position Rumäniens in den MFR-Verhandlungen**

Bei den MFR-Verhandlungen vor Ausbruch der Covid-19-Pandemie befand sich Rumänien in einer eher schwachen Position. Bei den Zuweisungen für die einzelnen Prioritäten sollten hauptsächlich Projekte zum Klimawandel und der Umwelt, die Förderung der Digitalisierung sowie die Unterstützung der Innovationspolitik finanziert werden. Somit hätten weniger Mittel für einige der unmittelbaren Bedürfnisse Rumäniens – Verkehrsinfrastruktur (insbesondere Autobahnen), Gasnetze in ländlichen Gebieten und Übergang von einer Kohle- zu einer Gasinfrastruktur – zur Verfügung gestanden. Darüber hinaus sollte der Kofinanzierungssatz des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für die unterentwickelten Regionen von 85 Prozent auf 70 Prozent und für die Region Bukarest-Ilfov von 80 Prozent auf 40 Prozent reduziert werden. Diese Entscheidung hätte einen noch größeren Druck auf die Optimierung der Projektumsetzung auf lokaler Ebene ausgeübt.

Daher konzentrierte sich die rumänische Verhandlungsposition während der Verhandlungen auf die Beibehaltung der wichtigen Mittelzuweisung für das Ziel eines grüneren und kohlenstofffreien Europas. Diese Haltung sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass östliche Länder wie Rumänien große Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Gebieten aufweisen, die durch die unterentwickelte Infrastruktur (vor allem Straßenverkehr und Energie) noch verstärkt werden. Rumänien setzte sich dafür ein, die derzeitigen Kofinanzierungs- und Vorfinanzierungsraten und die bestehende Regel zur Inanspruchnahme von EU-Mitteln beizubehalten und eine höhere Flexibilität zwischen den Finanzierungslinien und größere Zuweisungen für die Verkehrs- und Energieinfrastruktur zu ermöglichen.

Wie bereits in früheren MFR-Laufzeiten könnte Rumänien jedoch auch während des künftigen MFR bei der Mittelabrufung auf Engpässe stoßen: Sowohl im Zeitraum von 2007 bis 2013 als auch im Zeitraum von 2014 bis 2020 hat Rumänien die verfügbaren Mittel nur sehr langsam abgerufen und wies kritische Verzögerungen bei der Vorbereitung und Optimierung insbesondere mittlerer bis großer Infrastrukturprojekte auf. Die jüngsten verfügbaren öffentlichen Daten zur Inanspruchnahme von EU-Mitteln zeigen ein Niveau von nur 33 Prozent<sup>3</sup>, wobei die Infrastrukturprogramme meist unterdurchschnittlich

3 Die neuesten öffentlichen Daten beziehen sich auf den 1. Juni 2020. Die Entwicklung der Inanspruchnahme von EU-Mitteln in Rumänien kann hier abgerufen werden: Ministerul Fondurilor Europene: Stadiul absorbției fondurilor UE, abrufbar unter: <http://mfe.gov.ro/stadiul-absorbției-fondurilor-ue/> (letzter Zugriff: 6.10.2020).

abschneiden (das „Operationelle Programm“ für große Infrastrukturprojekte liegt nur bei 24 Prozent und das „Regionale Operationelle Programm“ sogar nur bei 21 Prozent). Dies bedeutet, dass sich Rumänien im Zeitraum 2020 bis 2023 hauptsächlich auf die Erhöhung der Inanspruchnahme aus dem Rahmenprogramm 2014 bis 2020 konzentrieren wird, um eine Rückerstattung der Mittel zu vermeiden, und dadurch die neuen Fördermittellinien und die Vorbereitung neuer Projektanträge teilweise vernachlässigen muss.

Dieses ineffiziente Modell für die Mittelakquise der EU-Gelder wird wahrscheinlich auch in der folgenden Programmperiode (von 2021 bis 2027) fortgesetzt werden – zumindest für große Infrastrukturprogramme, die weit im Voraus vorbereitet werden müssen. Dies ist auf die kritischen Verzögerungen bei der Umsetzung und geringe Chancen für den Abschluss der laufenden Projekte bis zum Ende des Zeitraums zurückzuführen.

### **Verhandlungen zum EU-Austritt des Vereinigten Königreichs**

Rumänien war in den Verhandlungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU eher ein Randakteur, obwohl das Land durch den britischen EU-Austritt stark betroffen sein könnte. Mit mehr als 500.000 Menschen stellen die Rumänen die zweitgrößte Minderheit im Vereinigten Königreich. Darunter befinden sich über 10.000 Studierende. Gleichzeitig ist Rumänien ein wichtiger Handelspartner der britischen Insel. Diese Fakten waren jedoch nur selten Thema in der öffentlichen Debatte, da man in Rumänien der Meinung ist, dass es mögliche Herausforderungen durch den EU-Austritt nur gemeinschaftlich mit den anderen EU-Mitgliedstaaten in Angriff nehmen kann.

Der britische EU-Austritt wurde während der EU-Ratspräsidentschaft Rumäniens zwischen Januar und Juni 2019 nur teilweise behandelt und fiel nach dem Ende der Präsidentschaft und insbesondere nach dem Beginn der Covid-19-Pandemie vollständig aus dem Aufmerksamkeitsbereich der rumänischen Öffentlichkeit.

### **Ausblick**

Rumänien wird Ende 2020 voraussichtlich zwei weitere Wahlen abhalten: zunächst Kommunalwahlen im September 2020 und darauf folgend Parlamentswahlen (wahrscheinlich im Dezember 2020). Diese Abfolge der Wahlen bedeutet, dass es in Rumänien vor dem Jahr 2024 keine Neuwahlen geben wird, was sich wiederum auf die Position des Landes zur EU auswirken könnte. Eine proeuropäische Regierung, die eine Parlamentsmehrheit hinter sich weiß, kann den aggressiven europaskeptischen Ton der letzten Jahre gegenüber Brüssel umkehren und stattdessen eine wichtigere Rolle in der östlichen Nachbarschaft der EU übernehmen. Insbesondere in Bezug auf die Östliche Partnerschaft und dort vor allem auf die Republik Moldau, wo im Herbst 2020 ebenfalls Präsidentschaftswahlen bevorstehen, kommt Rumänien eine Schlüsselrolle zu.

### **Weiterführende Literatur**

Europäische Kommission: Report from the Commission to the European Parliament and the Council On Progress in Romania under the Cooperation and Verification Mechanism, 22. Oktober 2019, COM(2019) 499 final.